

Ein Plädoyer für die elektronische Mitentscheidung

(von Frank STRIEDER und Helmut OBER, Juli/2024)



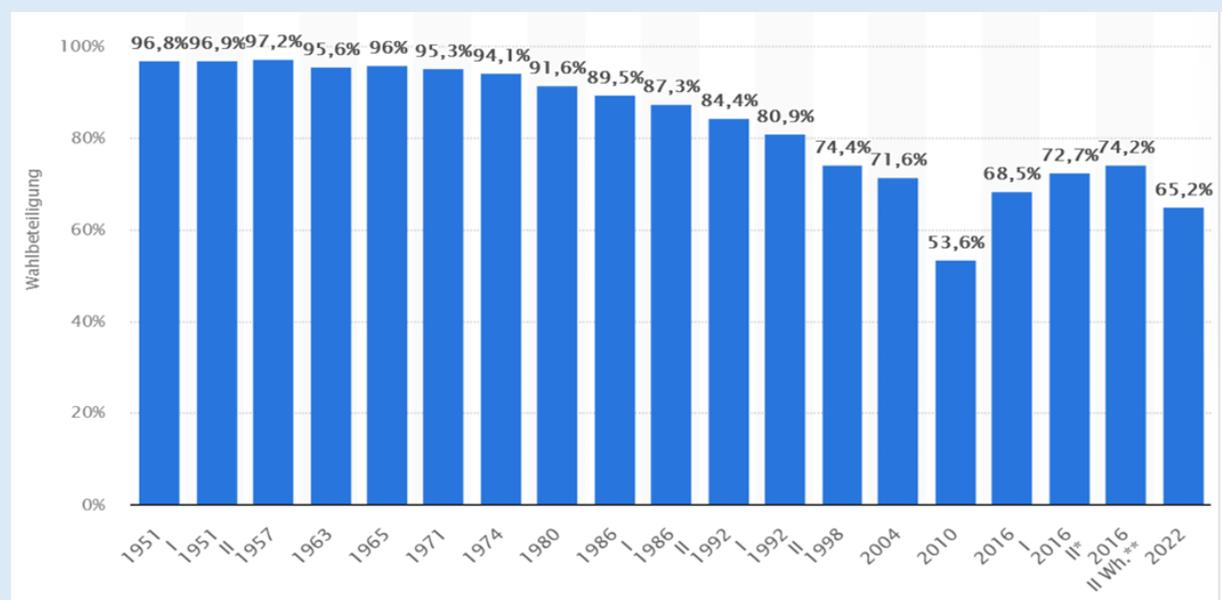
„Technik muss den Menschen dienen!“

Wir gehen einen Schritt weiter und stellen die Forderung auf, dass die Technik der Demokratie dienen muss und dass Technologie einen bedeutenden Beitrag für eine erfolgreiche Gesellschaft leisten kann, wenn diese sinnvoll und sorgfältig eingesetzt wird. Warum:

Im Moment stehen die demokratischen Systeme durch die Krisen weltweit unter erheblichen Druck und müssen sich laufend bewähren. Dadurch wurden latente Gefahren erkennbar, wie diese der Soziologe Herfried Münkler in seinem letzten Buch „Die Zukunft der Demokratie“ thematisiert hatte. Seinen Forschungen folgend, haben rund 31 Prozent der Menschen in der BRD die Befürchtung, dass durch das politische Desinteresse der Menschen, die nur mehr als bloße Politikonsumenten den Ereignissen teilnahmslos zusehen, infolge dieser Passivität politische Extremisten auf das demokratische Geschehen verstärkt Einfluss nehmen könnten (Münkler, 2022).

Trotzdem wollen viele Menschen, die mit den derzeitigen politischen Verhältnissen unzufrieden sind oder über Veränderungen nachdenken, nicht weniger, sondern mehr Demokratie. 63 Prozent der Menschen in Österreich möchten mehr Mitbestimmung in Form einer direkteren Demokratie, wobei hier die Schweiz als Vorbild dient. Anstatt der aktuellen Parteiendemokratie würden sich 36 Prozent der Menschen eine überparteiliche Expertenregierung wünschen. Trotz dieser Unzufriedenheit sprechen sich laut dem Meinungsforscher Günther Ogris ca. 80 Prozent der Menschen für den Fortbestand der Demokratie als Staatsform in Österreich aus (Ransmayr, 2023).

Laut Wissenschaft könnten fehlende Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Menschen einer jener Gründe für die sinkende Wahlbeteiligung der österreichischen Bevölkerung sein. So hatten an der Wien-Wahl 2020 lediglich 65,27 Prozent der Wahlberechtigten teilgenommen und die ca. 395.000 Nichtwählenden lagen als Block noch vor der SPÖ. Auch bei der traditionell hohen Wahlbeteiligung im Rahmen von Bundespräsidenten Wahlen sinkt die Beteiligung kontinuierlich.



Die Politwissenschaftlerin Tamara Ehs und die Sozialpsychologin Martina Zandonella vom Wiener Karl-Renner-Institut stellten fest, dass gerade die Menschen in Wien mit geringeren sozioökonomischen Ressourcen selten zur Wahl schreiten. Deren Gesamtheit an Erfahrungen prägt nicht bloß das fehlende Vertrauen in die Demokratie, sondern auch die Zweifel an der politischen Selbstwirksamkeit und die damit verbundene Überzeugtheit nichts bewirken zu können, sind die Gründe des Fernbleibens von den Wahlurnen. Ehs und Zandonella befinden, dass die Nichtwählenden das geringe Vertrauen in die staatlichen Institutionen, in die Politik und in die Wirksamkeit der eigenen Stimme gemeinsam haben.

Hier zeigt sich: Die repräsentative Demokratie vertritt uns nicht im ausreichenden Maße! [Da die Politik durch Eliten und Lobbyismus stark beeinflusst ist, werden die Entscheidungen nicht im Sinne der Bevölkerung gemacht.](#)

„Daher brauchen wir eine starke echte, eine direkte Demokratie.“

Da sowohl die Medien und auch die Parteien spaltend in ihren Positionen und Argumenten agieren, ist ein direktdemokratisches Konzept sehr wichtig, das trotzdem erlaubt zu gemeinsamen Lösungen zu kommen und im Idealfall diese Spaltung wieder aufzulösen. Durch eine solche konsensuale Methodik lassen sich Manipulationen von außen eindämmen und die Menschen erkennen auch, wie und was ihre Mitmenschen tatsächlich denken. Hier kommt der Begriff der „wahren Macht“ zum Vorschein, wonach diese darin besteht, dass die Menschen nicht nur bloß das tun, sondern auch jenes zu denken beginnen, was die medialen und politischen Manipulatoren von Ihnen wünschen.

„Was macht uns dumm und wie können wir schlaue Entscheidungen treffen?“

Jedem Menschen ist schon aufgefallen, dass Personen, die eine bestimmte Partei gut finden, oder die sich zur linken oder rechten Ideologie bekennen, Tatsachen nicht richtig wahrzunehmen scheinen. Also echte Tatsachen bzw. Fakten und nicht bloße Meinungen, Werte oder Sichtweisen! In diesem Moment konnte ein Effekt der kulturellen Erkenntnistheorie beobachtet werden - nämlich, dass Fakten auf Basis ihrer bestehenden Gruppenzugehörigkeit wahrgenommen werden!

Das Interessante daran ist, dass dies primär nur für jene Fakten zutrifft, die polarisieren. Unglücklicherweise ist es für Tagesgeschäft der Medien optimal stark zu polarisieren, was dieses Problem noch verstärkt. Daher werden die Menschen durch die Polarisierung von Themen dumm gemacht und sie verlieren dadurch auch die Fähigkeit, angemessen und objektiv den gegebenen Sachverhalt zu bewerten. Ein Beispiel dazu ist in [Die 3+1 Hemmnisse der direkten Demokratie](#) angeführt.

Wir sind dadurch oft in spaltenden Ansichten gefangen, und nicht mehr fähig gemeinsam die besten Lösungen für uns alle zu entwickeln und darüber zu entscheiden.

„Aber was können wir nun dagegen tun, um uns Lösungen anzunähern, welche im Interesse unserer Gesellschaft stehen und nicht bloß von Machtgruppen?“

Es gibt zwei Maßnahmen, welche in Kombination dieses Problem neutralisieren sollen:

1. Verständnis schaffen

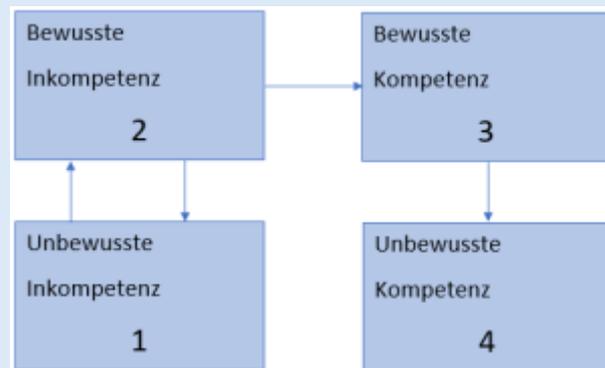
2. Ein nicht polarisierendes Entscheidungsverfahren nutzen

Verständnis schaffen

Dieser Effekt ist vielen nicht bewusst! Betrachtet man die vier Stufen der Kompetenzentwicklung, dann befinden wir uns hier zunächst in der „unbewussten Inkompetenz“. Wir wissen nicht, dass es einen solchen Effekt gibt, und berücksichtigen ihn daher auch nicht in unseren Betrachtungen.

Wird man auf etwas aufmerksam gemacht, befindet man sich zunächst in der bewussten Inkompetenz. Man hat erkannt, es gibt einen weiteren Aspekt, den man noch nicht berücksichtigt hat, weiß aber noch nicht, wie man damit umgehen kann oder soll.

Nun werden meist bei Glaubensätzen oder Glaubenssystemen eines von zwei Dingen passieren:



1. Die Person geht wieder in die unbewusste Inkompetenz: das macht diese, indem sie die neue Information entweder als irrelevant, nicht wissenschaftlich, mit anderen Argumenten entwertet oder verdrängt, sodass diese überhaupt nicht mehr für die Person zugreifbar ist.
2. Die Person entwickelt sich in die bewusste Kompetenz: dieser Effekt wird nun in der Kommunikation mit anderen Personen wahrgenommen. Man bemerkt, dass andere Personen überhaupt nicht sachlichen Argumenten zugänglich sind. Man beginnt auch sich selbst zu fragen, ob alle Fakten für den Sachverhalt in geeigneter Weise in die Überlegungen mit eingeflossen sind.

Es ist sehr unwahrscheinlich, dass die Person auf Stufe 2 bleibt, da diese Widersprüchlichkeit entweder in Richtung Verdrängung/Veränderung oder in Richtung Erweiterung des eigenen Weltbildes aufgelöst werden will.

In Stufe 4 der unbewussten Kompetenz ist dieses Wissen nun so integriert, dass es praktisch automatisch wahrgenommen wird.

Kommuniziert man mit einer Person, der Fakten (der anders polarisierten Gruppe) nicht zugänglich sind, dann wäre es sinnvoll sein zuerst einmal auf diesen Effekt aufmerksam zu machen und die Person auf Stufe 2 der Kompetenzmatrix zu bringen, in der Hoffnung das im Weiteren auch noch die Stufe 3 erreicht wird. Erst dann wird es häufig möglich werden, alle wesentlichen Fakten mit einzubeziehen.

Ein nicht polarisierendes Entscheidungsverfahren nutzen

Zieht man als Beispiel die Mehrheitsentscheidung heran, so wird eine Person bzw. insbesondere eine Gruppe darauf bedacht sein, möglichst mehr als 50 % der Stimmen auf den gewünschten Vorschlag zu vereinigen, um diesen Vorschlag durchsetzen zu können. Würden in dieser Situation, auch die Sichtweisen und Fakten der anderen Position gewürdigt, dann ist die Gefahr groß, dass Personen plötzlich zur anderen Seite wechseln. Daher ist es sinnvoll, die eigene Lösung als die richtige darzustellen und die andere Seite zu entwerten. Zudem besteht die Gefahr, dass weitere Vorschläge entstehen. Durch den dadurch entstehenden Spoilereffekt (Stimmenaufteilungseffekt) macht es praktisch unmöglich fair abzustimmen. Dadurch wird man dies vermeiden versuchen, um überhaupt zu einer Entscheidung gelangen zu können.

Benutzt man hingegen ein Verfahren, welches diesen Spoilereffekt nicht hat (siehe [Algorithmus für ein faires Entscheiden](#)), wird es möglich mehrere Entscheidungsalternativen gleichzeitig einer Entscheidung zuzuführen. Um den eigenen Lösungsvorschlag durchzusetzen, wird es dadurch nun sinnvoll auch die Fakten, Argumente und Sichtweisen der anderen Gruppe sich anzusehen. Wenn es zusätzlich gelingt die Aspekte der anderen Gruppe zu berücksichtigen, wird es umso wahrscheinlicher, dass man damit Erfolg hat.

Die Logik zum Erfolg wird also eine völlig andere - nämlich die anderen zu verstehen und auch deren Argumente und Fakten mit einzubeziehen, um die eigenen Ziele durchbringen zu können.

Beides ist notwendig

Nur Verständnis für diesen Effekt zu schaffen, würde kaum Wirkung entfalten, da die dahinterliegende Entscheidungslogik dem entgegensteht. Andererseits wird ein Entscheidungsverfahren, das komplizierter ist als die bisher genutzte Mehrheitsentscheidung nicht angenommen werden, wenn dessen Vorteile nicht verständlich gemacht werden.

Deshalb macht die gleichzeitige Forcierung beider Maßnahmen Sinn. Natürlich wäre es auch gut, wenn dies die entscheidungstragenden Institutionen, wie bspw. der Nationalrat oder die Regierung, berücksichtigen würden – was diese aber bewusst ignorieren!

Als bloße Wählende besitzen wir hier nicht die Möglichkeit direkt etwas zu verändern, da die herrschenden Parteien dies zu verhindern wissen. Wir können jedoch dieses Wissen verbreiten und für eine direkte Meinungsbildung zur Anwendung zu bringen.

„Fokus ist die Entwicklung von Lösungen, die Abstimmung ist nur der letzte Schritt!“

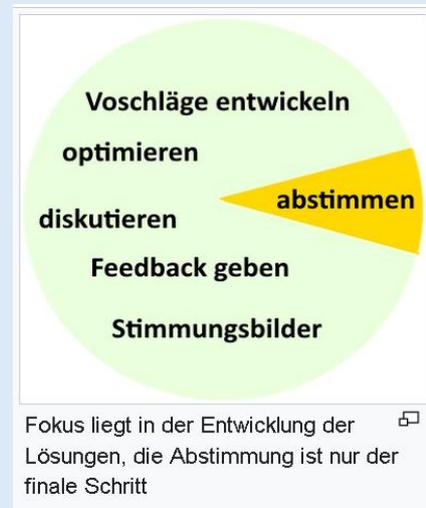
Ein Beispiel für einen solchen Prozess

Einfach damit zu beginnen über einen eingebrachten Vorschlag abzustimmen wird in der Regel keine guten Lösungen produzieren, da es für eine Themenstellung viele verschiedene Lösungen geben kann und nicht festgestellt werden kann, dass es sich um einen guten Vorschlag handelt, welcher auch die Bedürfnisse der Menschen berücksichtigt. Daher ist es sehr wichtig, dass verschiedene Lösungen zu einem Thema eingebracht werden können und

dass diese Vorschläge zueinander über [Stimmungsbilder](#) bewertet werden können und somit Möglichkeit bieten diese Vorschläge weiter zu verbessern und zu optimieren. Über [hinterlegte Diskussionsseiten](#) können dabei von den Nutzern Verbesserungen angeregt und Schwächen aufgezeigt werden. Detailfragen eines Vorschlags können über [Unterabstimmungen](#) durch die Nutzer selbst optimiert werden.

Ziel ist es einen Wettbewerb der besten Ideen für ein Thema zu gestalten, wobei durch Feedbackmöglichkeiten die Vorschlagseigner informiert werden. Durch den [speziellen Bewertungsalgorithmus](#) wird dabei sichergestellt, dass alle Teilnehmenden mitbewerten können und nicht nur eine [Mehrheit entscheidet](#). Gleichzeitig werden faule Kompromisse durch den Wettbewerb der Ideen vermieden.

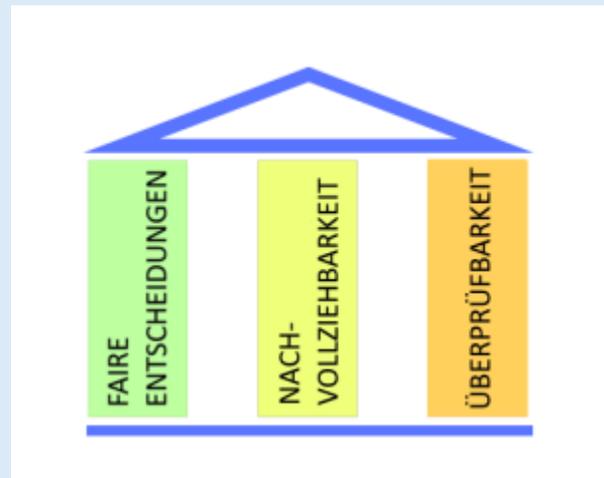
Die abschließende Abstimmung ist dabei 'nur noch' der finale Schritt, um ein eindeutiges Ergebnis zu erhalten.



Die drei Säulen

Um eine wirksame direktdemokratische Meinungsbildung mittels einer Softwarelösung zu ermöglichen, müssen drei Kriterien erfüllt sein:

1. **Faire Entscheidungen:** Die Software muss in der Lage sein, aus mehreren Entscheidungsalternativen und aus den Meinungen von Vielen eine gemeinsame Entscheidung zu ermitteln. Dieser Vorgang muss bestimmten Qualitätskriterien genügen. Dazu: [Algorithmus für ein faires entscheiden](#).
2. **Nachvollziehbarkeit:** Die Inhalte der Softwareplattform müssen von Moderatoren betreut werden, um beispielsweise verbotenen Inhalt wieder zu entfernen. Diese Eingriffe müssen nachvollziehbar sein, um Missbrauch dieser Macht der Moderatoren zu vermindern und geschehenen Missbrauch wieder rückgängig machen zu können. Dazu: [Warum Nachvollziehbarkeit wichtig ist und wie es erreicht werden kann](#)
3. **Überprüfbarkeit:** Es muss bei getroffenen Entscheidungen das Ergebnis überprüfbar sein. Dazu: [Warum Überprüfbarkeit so wichtig ist und wie es gewährleistet wird](#)



Mehr dazu unter: <https://volksabstimmung.at/>

und dazu ein aktuelles Abstimmungsbeispiel: [Sollen Vermögenssteuern eingeführt werden, und falls ja in welcher Form?](#)

Das Projekt **volksabstimmung.at** des Vereins für politische Mitgestaltung (VPM) - Verein für die Entwicklung von Mitgestaltungsmöglichkeiten in öffentlichen Angelegenheiten – etabliert in 1170 Wien, Kalvarienberggasse 46/3, kontakt@volksabstimmung.at, zeigt auf, dass es möglich ist, durch den sinnvollen und vernünftigen Einsatz von Technologie gute und faire Entscheidungen in Interesse der Gesellschaft treffen zu können. Diese Abstimmungsplattform könnte auch ein Wegbereiter sein, um einen breiten Zugang der Menschen zur Politik zu schaffen, wo die Bedürfnisse der Menschen in unserem Land wieder Beachtung finden können. Zwischenzeitlich wurde eine Integration in die ID Austria geschaffen und die weitere Entwicklung könnte eine mögliche Vorstufe zur elektronischen Wahl darstellen, welche wir als **DemPO** als eine zusätzliche Möglichkeit zur Beteiligung am demokratischen Prozess sehen und die keinen Ersatz für das derzeitige Wahlprozedere darstellen soll. Es spricht nichts dagegen, dass beide Prozesse nebeneinander gelebt werden und durch diese neuen, moderne Möglichkeiten Benachteiligungen von Menschen beseitigt werden, welche sehr wohl bestehen.

Beispiele für die Benachteiligung von Menschen im politischen Entscheidungsprozess

Im Rahmen der Bundespräsidentenwahl 2022 standen den Wählenden in Wien am 9. Oktober zwischen 7 und 17 Uhr insgesamt 1.493 Wahllokale zur Verfügung. Rund 860 Wahllokale davon waren barrierefrei. Das heißt aber auch, dass im Rahmen dieser Wahl in rund 633 Wahllokalen in Wien die gewünschte und erforderliche Barrierefreiheit nicht gegeben war. Es wurde zwar am 31.01.2023 im Nationalrat ein Initiativantrag für das neue Wahlrechtsänderungsgesetz beschlossen. Mit diesem Gesetz sollen Verbesserungen für Menschen mit Behinderungen in den Präzisierungen, Verankerungen von "Leichter Lesen" und Wahlkarten Schablonen sowie barrierefreie Wahllokale mit Übergangsfristen bis 1. Jänner 2028 und der Terminologie erreicht werden. Wie dessen Umsetzung erfolgen wird, wird sich noch zeigen. Die Kosten dafür sind jedoch erheblich, da die meisten Wahllokale umgebaut werden müssen. Die zusätzliche Möglichkeit der elektronischen Wahlbeteiligung könnte individuell auf die Bedürfnisse dieser Menschen abgestimmt werden und eine sichere (Blockchain)Technologie verhindert jegliche Manipulation von außen und innen. Außerdem liefert diese Technologie die Ergebnisse in Echtzeit und bei einem Stromausfall oder einer anderen Störung geht es genau dort weiter, bevor diese eingetreten war.

Im Zuge dieser Wahl ging auch 60.264 Wahlkarten von Auslandsösterreichern ein. Derzeit leben laut BMEIA etwa 587.620 Österreicher im Ausland. Mehr als drei Viertel von ihnen haben ihren Wohnsitz in Deutschland (256.000), Großbritannien (36.900), der Schweiz (67.000), den USA (38.000), Australien (20.000), Israel (15.500), Spanien (12.000) sowie Brasilien und Argentinien (jeweils 10.000). Das bedeutet, dass sich bei der letzten Bundespräsidentenwahl nur 10,25 Prozent der Auslandsösterreicher in den demokratischen Prozess des Heimatlandes eingebracht hatten bzw. einbringen konnten. Die Auslandsösterreicherrinitiative "doppelstaatsbuerger.at" beklagt hierzu, dass im Rahmen dieser Wahl viele Meldungen über oft zu spät oder gar nicht angekommene Wahlkarten eingingen und damit zahlreiche Auslandsösterreicher von der Wahl ausgeschlossen wurden. Die Initiative fordert ein, dass alle Menschen ungehindert von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen können.

Diese Forderung deckt sich auch mit unseren Vorstellungen!

